

Jahresabschluss
für das Rumpfgeschäftsjahr
vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2001

EUPEC Europäische Gesellschaft für
Leistungshalbleiter mbH
Warstein-Belecke

Anlagen

**EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH,
Warstein-Belecke**

Bilanz zum 31. Dezember 2001

Aktivseite

	<u>31.12.2001</u>	<u>30.9.2001</u>
	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	339.191	0
II. Sachanlagen	30.536	0
III. Finanzanlagen	877	869
	<u>370.604</u>	<u>869</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	59.934	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.965	0
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	28.501	0
--davon gegen Gesellschafter TEUR 15.415		
(i.Vj. TEUR 0)--		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.425	0
	<u>104.825</u>	<u>0</u>
III. Guthaben bei Kreditinstituten	562	1.002
	<u>105.387</u>	<u>1.002</u>
	<u>475.991</u>	<u>1.871</u>

**EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH,
Warstein-Belecke**

Bilanz zum 31. Dezember 2001

Passivseite

	<u>31.12.2001</u>	<u>30.9.2001</u>
	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	31	31
II. Kapitalrücklage	830	830
III. Zur Durchführung der beschlossenen Kapital- erhöhung geleistete Einlage	391.666	0
IV. Gewinnvortrag	992	394
V. Jahresüberschuss	7	598
	<u>393.526</u>	<u>1.853</u>
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	18.227	0
2. Steuerrückstellungen	4.385	18
3. Sonstige Rückstellungen	17.379	0
	<u>39.991</u>	<u>18</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.151	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	33.134	0
--davon gegenüber Gesellschafter TEUR 29.070 (i.Vj. TEUR 0)--		
3. Sonstige Verbindlichkeiten		
--davon aus Steuern TEUR 690 (i.Vj. TEUR 0)--		
--davon im Rahmen der sozialen Sicherheit TEUR 1.120 (i.Vj. TEUR 0)--		
	2.189	0
	<u>42.474</u>	<u>0</u>
	<u>475.991</u>	<u>1.871</u>

**EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH,
Warstein-Belecke**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2001**

	<u>1.10. - 31.12.2001</u>	<u>2000/01</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Sonstige betriebliche Erträge	1	4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	-1
Erträge aus Beteiligung		
--davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 0 (i.Vj. TEUR 625)--	0	625
Zinsergebnis	<u>7</u>	<u>21</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>8</u>	<u>649</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-1</u>	<u>-51</u>
Jahresüberschuss	<u><u>7</u></u>	<u><u>598</u></u>

**EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH,
Warstein-Belecke**

Anhang für das Rumpfgeschäftsjahr 2001

Allgemeine Angaben

Mit Einbringungs- und Abtretungsvertrag vom 21. Dezember 2001 zwischen der Gesellschaft und Infineon Technologies AG, München --im Folgenden auch kurz "Infineon" genannt--, sind die Kommanditanteile der Infineon an der EUPEC KG an die Gesellschaft übertragen worden. Demzufolge sind die Vermögensgegenstände und Schulden der EUPEC KG der EUPEC als einzigem verbliebenen Gesellschafter angewachsen. Die EUPEC KG ist erloschen, da sie nur noch einen Gesellschafter hatte. Die Geschäftstätigkeit der EUPEC KG umfasste die Entwicklung, Herstellung und den Vertrieb von Erzeugnissen der Leistungselektronik.

Die Gesellschafterin der EUPEC hat das Stammkapital der Gesellschaft von TEUR 31 um TEUR 28.275 auf TEUR 28.306 erhöht. Die Ausgabe der neuen Stammeinlage von TEUR 28.275 erfolgte gegen ein zu erbringendes Agio von TEUR 271.725. Die neue Stammeinlage wurde durch Einbringung der Kommanditanteile an der EUPEC KG mit einer Kommanditeinlage von TEUR 28.275 mit Wirkung zum 31. Dezember 2001, 23.59 Uhr geleistet. Der den Ausgabebetrag übersteigenden Wert des Kommanditeils in Höhe von TEUR 91.666 wurde ebenfalls als Agio erbracht und in die Kapitalrücklage eingestellt.

Weil die Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister erst nach dem Bilanzstichtag am 14. Mai 2002 erfolgte wurde diese in der Bilanz als "zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlage" innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Das Geschäftsjahr vom 1. Oktober bis zum 30. September eines Jahres wurde umgestellt auf das Kalenderjahr. Vom 1. Oktober 2001 bis zum 31. Dezember 2001 wurde deswegen ein Rumpfwirtschaftsjahr eingelegt.

Von den Erleichterungen, die kleinen Kapitalgesellschaften bei der Aufstellung des Abschlusses eingeräumt sind, wird teilweise Gebrauch gemacht.

Der Abschluss ist in Tausend EURO aufgestellt.

Infolge der Anwachsung und des Rumpfgeschäftsjahres sind die Zahlen des Berichtsjahres nur bedingt mit dem Vorjahr vergleichbar.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Die Bewertung der im Wege der Anwachsung auf die Gesellschaft übertragenen Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte zu Marktwerten.

Anlagevermögen

Der Geschäfts- oder Firmenwert wird in Anlehnung an steuerliche Regeln über 15 Jahre abgeschrieben. Die übrigen immaterielle Vermögensgegenstände werden, soweit gegen Entgelt erworben, zu Anschaffungskosten aktiviert und linear abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für Patente, Lizenzen und ähnliche Rechte beträgt längstens 3 bis 5 Jahre.

Sachanlagen bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung. Geschäfts- und Fabrikgebäude werden in längstens 33 Jahren, technische Anlagen und Maschinen in längstens 10 Jahren, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung überwiegend in 5 Jahren abgeschrieben. Mit Ausnahme der technischen Anlagen und Maschinen, die degressiv abgeschrieben werden, werden die Zugänge zum Sachanlagevermögen beginnend mit dem Geschäftsjahr 2000/01 linear abgeschrieben. Sofern die degressive Abschreibungsmethode angewendet wird, gehen wir auf die lineare Abschreibungsmethode über, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Geringwertige Wirtschaftsgüter schreiben wir im Zugangsjahr voll ab.

Finanzanlagen bewerten wir zu Anschaffungskosten. Wir nehmen außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert am Bilanzstichtag vor, wenn die Wertminderung voraussichtlich als dauerhaft angesehen wird.

Umlaufvermögen

In den Vorräten haben wir Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Handelswaren, geleistete Anzahlungen zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Tageswerten angesetzt. Erzeugnisse sind zu Herstellungskosten bewertet, die steuerlichen Bestimmungen entsprechen. Abwertungen für Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer und geminderter Verwertbarkeit ergeben, werden in angemessenem und ausreichendem Umfang vorgenommen.

Wertberichtigungen auf Forderungen werden in ausreichendem Umfang vorgenommen.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen entsprechend dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG mit einem Zinssatz von 6% unter Ansatz der Sterbetafeln von 1998 gebildet.

In den übrigen Rückstellungen bilden wir für alle erkennbaren Risiken aus ungewissen Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in angemessenem und ausreichendem Umfang individuelle Vorsorgen. Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag am Bilanzstichtag angesetzt.

Umsatzrealisation

Umsatzerlöse werden ausgewiesen, wenn die Lieferungen ausgeführt sind und der Gefahrenübergang erfolgt ist. Forschungs- und Entwicklungskosten werden zu voller Höhe nach Abzug der Fördermittel als Aufwand gebucht.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden zur Absicherung gegen Währungsrisiken aus bilanzierten schwebenden Geschäften eingesetzt. Die Sicherungsgeschäfte müssen geeignet sein, das in den Grundgeschäften liegende Währungsrisiko zu vermindern bzw. zu neutralisieren. Da diese Voraussetzung gegeben ist, können wir die Grundgeschäfte und die Sicherungsgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammenfassen. Nach unseren internen Vorgaben sind die bilanzierten Fremdwährungsposten voll abzusichern. Somit rechnen wir in Fremdwährung denominierte

Forderungen, Verbindlichkeiten sowie die Liquidität mit dem Devisenmittelkurs zum Bilanzstichtag um; die zugehörigen derivativen Devisensicherungsgeschäfte setzen wir zum Marktwert jeweils am Bilanzstichtag an. Schwebende Geschäfte in Fremdwährung werden nach vorgegebenen Risikolimits abgesichert. Die Fremdwährungsposten und Sicherungsgeschäfte werden paritätisch bewertet.

Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Sonstige betriebliche Erträge

(Die Position Sonstige betriebliche Erträge enthält die vertraglich festgelegte Haftungsvergütung für die Geschäftsführung der EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH & Co. KG.

(2) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Beiträge und Bankspesen.

(3) Zinsergebnis

Im Zinsergebnis sind Zinserträge aus Bankguthaben enthalten.

(4) Beteiligungsergebnis

0 Im Vorjahr wurden EUR 555.676 von der EUPEC Inc. USA - sowie EUR 69.585 von EUPEC Sarl Frankreich ausgeschüttet.

Erläuterungen zur Bilanz

(5) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird nachfolgend dargestellt.

	1.10.2001 EUR	Zugänge aus der Anwachsung EUR	31.12.2001 EUR
Anschaffungs- und Herstellungskosten			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Werte	0,00	20.506.529,39	20.506.529,39
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	319.315.851,00	319.315.851,00
	0,00	339.822.380,39	339.822.380,39
II. Sachanlagen:			
1. Grundstücke und Bauten	0,00	18.057.007,38	18.057.007,38
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	44.748.321,84	44.748.321,84
3. Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	15.804.188,87	15.804.188,87
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	3.514.288,99	3.514.288,99
	0,00	82.123.807,08	82.123.807,08
III. Finanzanlagen:			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	869.194,36	0,00	869.194,36
2. Sonstige Ausleihungen	0,00	7.559,09	7.559,09
	869.194,36	7.559,09	876.753,45
	869.194,36	421.953.746,56	422.822.940,92
Abschreibungen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Werte	0,00	631.216,95	631.216,95
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	0,00
	0,00	631.216,95	631.216,95
II. Sachanlagen:			
1. Grundstücke und Bauten	0,00	9.856.595,30	9.856.595,30
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	29.321.580,64	29.321.580,64
3. Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	12.409.467,39	12.409.467,39
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00
	0,00	51.587.643,33	51.587.643,33
	0,00	52.218.860,28	52.218.860,28
Buchwerte			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Werte	0,00		19.875.312,44
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00		319.315.851,00
	0,00		339.191.163,44
II. Sachanlagen:			
1. Grundstücke und Bauten	0,00		8.200.412,08
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00		15.426.741,20
3. Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00		3.394.721,48
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00		3.514.288,99
	0,00		30.536.163,75
III. Finanzanlagen:			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	869.194,36		869.194,36
2. Sonstige Ausleihungen	0,00		7.559,09
	869.194,36		876.753,45
	869.194,36		370.604.080,64

(6) Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz zum 31. Dezember 2001 umfasst:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital %	Eigen- kapital TEUR	Jahres- ergebnis TEUR	Buchwert 31.12.2001 TEUR
EUPEC Inc., Lebanon/USA	100	4.901	1.472	28
EUPEC Hungaria Kft, Cegled/Ungarn	100	1.027	308	818
EUPEC Sarl, Le Plessis Robinson/Frankreich	100	183	272	23

(7) Vorräte

	31.12.2001 TEUR	30.9.2001 TEUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	19.945	0
Unfertige Erzeugnisse	36.140	0
Fertige Erzeugnisse und Handelswaren	10.576	0
	66.661	0
Erhaltene Anzahlungen	-6.727	0
	59.934	0

Unter den unfertigen Erzeugnissen wird die Marge aus dem angewachsenen Auftragsbestand der EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH & Co. KG in Höhe von TEUR 18.289 ausgewiesen.

(8) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Laufzeit der Forderungen beträgt weniger als ein Jahr, mit Ausnahme einer langfristigen Darlehensforderung gegenüber EUPEC-Ungarn in Höhe von TEUR 2.900 mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Steuerforderungen in Höhe von TEUR 1.027 enthalten.

(9) Eigenkapital

Wir verweisen auf unsere einleitenden Erläuterungen unter "Allgemeine Angaben".

Der Jahresüberschuss des vergangenen Geschäftsjahres in Höhe von TEUR 598 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

(10) Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden mit den steuerlich höchstzulässigen Werten dotiert. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Beträge für Gewährleistungsansprüche, für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften sowie Verpflichtungen gegenüber dem Personal sowie Steuern. In den Rückstellungen für Altersteilzeit werden die Aufstockungsleistungen erst mit Beginn der jeweiligen Altersteilzeitarbeitsverhältnisse berücksichtigt. Die Aufstockungsleistungen für potentielle Altersteilzeitverträge, denen sich die Gesellschaft im Falle der Inanspruchnahme durch die Mitarbeiter nicht entziehen kann, werden nicht zurückgestellt.

(11) Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Steuerschulden von TEUR 690. Außerdem sind hier Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit mit TEUR 1.120 ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten von unter einem Jahr.

Sonstige Angaben

Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter der EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH & Co. KG sind im Wege der Sonderrechtsnachfolge im Zuge der Anwachsung zum 31. Dezember 2001 auf die EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH übergegangen.

Am Bilanzstichtag wurden 950 Mitarbeiter (i.Vj. 0) beschäftigt, wobei die Teilzeitmitarbeiter anteilig einbezogen sind. Die Mitarbeiter waren in folgenden Funktionen tätig:

	<u>31.12.2001</u>	<u>2000/01</u>
Produktion	736	0
Vertrieb	82	0
Forschung und Entwicklung	73	0
Verwaltung	52	0
	<u>943</u>	<u>0</u>

(15) Mietverträge

Am Bilanzstichtag bestehen Zahlungsverpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen für Anlagegegenstände in Höhe von TEUR 857 (i.Vj. TEUR 0).

(16) Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss der EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter des Rumpfgeschäftsjahres 2001 beträgt TEUR 7. Wir schlagen vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

(17) Geschäftsführer

Erich Wallner, Dipl.-Ing., Kaufmann, Baldham,
Jörg Spiegel, Dipl.-Kfm., Kaufmann, Lippstadt.

(18) Mutterunternehmen

Die EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH ist ein Tochterunternehmen der Infineon Technologies AG, München.

Die Muttergesellschaft der EUPEC, die Infineon Technologies AG, stellt ihren Konzernabschluss zum 30. September 2001 auf, in den die EUPEC einbezogen wird. Der Konzernabschluss der Infineon Technologies AG wird veröffentlicht und bei den Handelsregistern München und Warstein eingereicht.

Warstein-Belecke, den 20. Mai 2002

EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH
--Die Geschäftsführung--

Bestätigungsvermerk

An die EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH, Warstein-Belecke:

(Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

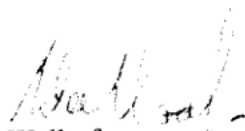
(Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH.

Düsseldorf, den 20. Mai 2002

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Wallraf
Wirtschaftsprüfer


Stembek
Wirtschaftsprüfer



EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH, Warstein-Belecke

Wirtschaftliche Grundlagen

Tätigkeitsbereich

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Herstellung und der Vertrieb von Erzeugnissen der Leistungselektronik, vor allem der Leistungshalbleiter, sowie die Herstellung und der Vertrieb von Zubehör.

Standorte

Die Gesellschaft betreibt in Warstein-Belecke in ihrem Eigentum befindliche Fertigungsstätten. In Pretzfeld hat die Gesellschaft eigene Fertigungsstätten auf fremdem Grund und Boden errichtet sowie ein Gebäude angemietet. Außerdem führt die EUPEC Hungaria Kft., Cegled, Ungarn, Auftragsfertigung für die EUPEC durch.

Die Fertigungsstätte Pretzfeld soll im Jahr 2002 im Rahmen von Reorganisationsmaßnahmen aufgegeben werden.

Die Verwaltung befindet sich in Warstein-Belecke.

Vertriebsstruktur

Der Inlandsvertrieb erfolgt über fest angestellte Mitarbeiter der EUPEC. In den USA erfolgt der Vertrieb über die EUPEC Inc., Lebanon/USA, in Spanien, Frankreich und Portugal über die EUPEC Sarl, Paris/Frankreich. Der Vertrieb im übrigen Ausland wird weitestgehend durch die Auslandsvertretungen der Siemens AG und der Infineon Technologies AG wahrgenommen. In einigen Ländern wird der Vertrieb über Drittfirmen und Handelsvertreter abgewickelt.

**EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungshalbleiter mbH,
Warstein-Belecke****Gesellschaftsrechtliche Grundlagen**

Gründung	20. November 1989
Firma	EUPEC Europäische Gesellschaft für Leistungs- halbleiter mbH.
Sitz	Warstein-Belecke.
Gesellschaftsvertrag	Es gilt die Fassung vom 14. Dezember 2001
Handelsregister	Amtsgericht Warstein, Nr. HR B 0273. Der letzte vorliegende Auszug datiert vom 14. Mai 2002 und betrifft die Erhöhung des Stammkapitals sowie die Neufassung des Gesellschaftsvertrags.
Gegenstand des Unternehmens	Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Erzeugnissen der Leistungselektronik, vor allem der Leistungshalbleiter, sowie Herstellung und Vertrieb von Zubehör.
Geschäftsjahr	Kalenderjahr. Ein Rumpfgeschäftsjahr bestand vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2001.
Stammkapital	TEUR 28.306, voll eingezahlt. Das Stammkapital wurde durch notariell beur- kundeten Gesellschafterabschluss vom 14. Dezem- ber 2001 (Notar Dr. Manfred Assam, München, UR-Nr. A 4146/2001) von TEUR 31 um TEUR 28.275 auf TEUR 28.306 erhöht. Die Kapitalerhöhung wurde am 14. Mai 2002 in das Handelsregister angemeldet.
Gesellschafter	Alleinige Gesellschafterin ist die Infineon Technologies AG, München

Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft ist ein Tochterunternehmen der Infineon Technologies AG, München, gemäß § 290 HGB. Diese wiederum wird in den Konzernabschluss der Siemens AG, Berlin und München, aufgenommen.

Geschäftsführung

Die Mitglieder der Geschäftsführung sind im Anhang der Gesellschaft (Anlage 3) aufgeführt.

Vorjahresabschluss

In der Gesellschafterversammlung am 17. Dezember 2001 ist

- (1) der von der Geschäftsführung aufgestellte Jahresabschluss zum 30. September 2001 vorgelegt und der Jahresabschluss festgestellt worden;
- (2) beschlossen worden, von den zum 30. September 2001 ausgewiesenen Jahresüberschuss von EUR 598.296 auf neue Rechnung vorzutragen;
- (3) den Mitgliedern der Geschäftsführung Entlastung erteilt worden.

Größe der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist i.S.d. § 267 Abs. 3 HGB eine große Kapitalgesellschaft.

Aufgrund des § 267 Abs. 4 Satz 1 HGB treten die sich aus der Größenklasse ergebenden Rechtsfolgen im Berichtsjahr nicht ein.

Steuerliche Verhältnisse

Eine steuerliche Betriebsprüfung der EUPEC hat seit Beginn der Gesellschaft nicht stattgefunden.

Die letzte steuerliche Betriebsprüfung der angewachsenen EUPEC KG umfasste die Veranlagungszeiträume von 1994 bis 1997.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit; Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Eriedigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel sieben Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.